

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegt durch den Verleger
in der Hauptstadt 100 Mark
Verlegungen nehmen die Anzeigen
für den Anzeiger des Erzgebirges
an. — Erhalten wertig.
Verleger: Auer, No. 43.
Telegraphische Anzeiger.
Einschreiben: Auer, Erzgebirge.

Abonnementpreise für den Anzeiger
für den Anzeiger des Erzgebirges
100 Mark, einwöchige
Anzeigen 10.00 Mark, National-Anzeiger
10.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 234

Freitag, den 6. Oktober 1922

17. Jahrgang

Reichspräsidentenwahl am 3. Dezember.

Berlin, 5. Oktober. Das Reichskabinett beschloß, sobald einen Reichstagsbeschluss über die Wahl des Reichspräsidenten herbeizuführen und Sonntag, den 3. Dezember als Wahltag vorzuschlagen.

Nachdem sich die Parteiführer in einer Besprechung mit dem Stellvertreter des Reichstagspräsidenten dahin geeinigt haben, die Wahl des Reichspräsidenten am 3. Dezember stattfinden zu lassen, hat gestern das Reichskabinett einen entsprechenden Beschlus vorberichtet. Die Festsetzung des Wahltermines ist Aufgabe des Reichstages und bedarf eines besonderen Gesetzes. Um dieser Form zu genügen, wird der Reichstag in der zweiten Oktoberhälfte zusammenzutreten. Man kann annehmen, daß nimmerehr ein Widerspruch gegen die Vornahme der Wahl nicht laut wird. Bis vor kurzem meinte man bis weit in die Kreise der Reichsparteien der Auffassung zu, daß die gegenwärtige Zeit der Not und der außenpolitischen Bedrohungen für eine große öffentliche Wahl sehr wenig geeignet sei. Das ist auch durchaus richtig. Es wäre zu erwägen gewesen, ob man nicht die Wahlperiode des Präsidenten durch einen Gesetzesakt bis zu einer der nächsten Wahlen, am zweckmäßigsten bis zur Reichstagswahl im Sommer 1924 verlängern sollte. Es war die deutsche Volkspartei, die bei der jüngsten Aussprache der Parteivertreter diesen Gedanken zu einem formalen Antrag verdichtete. Man braucht darin keinerlei Schwächegefühle zu sehen und ein solcher Antrag ist nicht so unvernünftig, als daß sich seine Urheber bereuen müßten. Umso verwunderlicher ist es, daß ein der Deutschen Volkspartei nahestehendes schweizerisches Nachrichtenunternehmen den Antrag den Demokraten unterschiebt, während er, wie gesagt, von der Deutschen Volkspartei ausging. Über das nur nebenbei. Der an sich vernünftige Gedanke ist daran gescheitert, daß Reichspräsident Ebert auf der Vornahme der Wahl besteht. Ebert hat bei seiner Stellungnahme die Verfassung für sich. Es ehrt den gegenwärtigen obersten Repräsentanten des Reiches, daß er die Verfassung bis ins kleinste hinein peinlich geachtet wissen will. Diesem Wunsch gegenüber müssen naturgemäß alle anderen Zweckmäßigkeitsbetrachtungen zurücktreten. Das deutsche Volk steht damit vor der Tatsache der Neuwahl eines Reichspräsidenten.

Es hat den Anschein, als ob die Präsidentenwahl in Deutschland sich doch wesentlich vereinfachen wird. Die sozialistische Einigung schließt einen Kandidaten der Unabhängigen von vornherein aus, ob die Kommunisten eine besondere Kandidatur aufstellen werden, dürfte davon abhängen, ob Moskau bereit ist, die Wahlgelder hierfür unanständig zu verbürgen. Ein der marxistischen Kreise unserer Innenwelt als politisches Volk ist es zweifellos, daß sich in der deutschen Republik die Monarchisten am meisten den Kopf über die Wahl eines republikanischen Präsidenten gebrochen haben. Es ist darum auch anzunehmen, daß es zu einer monarchistischen Kandidatur kommen wird. Freilich sind die Reichsnationalen in ähnlicher Verlegenheit. Sind den Burg kommt kaum noch in Betracht, v. Dudenroff hat sich durch seine geschicklich erteilten Bemerkungen um den Rapp-Busch sowie durch seine Mitarbeit bei dem Vorhelfe ziemlich unumgänglich gemacht. Die Hoffnung ist augenblicklich noch der Herr v. Kahr. Über auch v. Kahr hat es nicht verstanden, seine Kandidatur politisch vorzubereiten. Seitdem er das verhängnisvolle Wort von dem Rupertus Berg gesprochen hat, wäre es eine beispiellose Zumutung, einen so ausgesprochenen Monarchisten als republikanischen Präsidentschaftskandidaten zu präsentieren. Unter solchen Umständen steigen sich die Chancen für eine Wiederwahl des Herrn Ebert. Dieser hat bisher in taktvoller Weise jede Erklärung darüber vermieden, ob er sich erneut um das Amt zu bewerben gedenkt. Man darf annehmen, daß er nicht gewillt wäre, eine reine Parteiführung zu übernehmen. Wenn aber eine Parteigruppierung an ihn herankäme, so ließe sich immerhin mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß er sich auch neue zur Wahl stellt. Viel dürfte in dieser Hinsicht von dem Verhalten der Deutschen Volkspartei abhängen. Wenn es dieser Partei ernst ist, mit ihrer Absicht, den Wahlkampf möglichst zu vereinfachen, so gäbe es allerdings dafür kaum ein besseres Mittel, als sich mit den gegenwärtigen Regierungsparteien bei der Wahl in engster Fühlung zu halten. Die Volkspartei hätte es wahrscheinlich in der Hand, eine monarchistische Kandidatur, deren bloße Aufstellung von ablenkenden außenpolitischen Wirkungen sein muß, hintenan zu halten. Erklärt sich die Deutsche Volkspartei zu einem Zusammenwirken mit den Regierungsparteien bereit, so ist die deutsch-nationale Kandidatur von vornherein zu billiger Ausbeurteilung verdammt. Evident werden die Besprechungen der Mar-

tsführer sich wohl auch mit der Kandidatenfrage befassen. Es ist zu wünschen, daß man recht bald zu einer Einigung kommt, und sich auch darüber verständigt, den Wahlkampf nicht zu einer Ausweitung der Parteikämpfe entarten zu lassen.

Mordprozeß Rathenau.

Gänthers Aussage.

Der dritte Verhandlungstag im Rathenau-Mordprozeß begann mit der allgemeinen instinktmäßigen Erwartung, daß die bevorstehende Vernehmung des Angeklagten Willi Gänther, des Beschuldigten unter den dreizehn, die ersten tiefgreifenden Enthüllungen über die Verschwörung selbst bringen würde. Gänther macht keinen ernsthaften und keinen günstigen Eindruck, aber einen unzurechnungsfähigen erst recht nicht, und der Antrag seiner Verteidigung, der dahin zielte, scheinbar ein Ausweichmandat. Gänther ist ein Wichtigtuer, Großsprecher, er will überall eine Hauptrolle oder gar eine Nebenrolle spielen. Wenn er einmal ins Auswärtige Amt geht, erzählt er allen Bekannten, er gehe „dienstlich“ ins Auswärtige Amt. Er trägt stets eine wichtige Aktenmappe, in der hat er, da er auch als gefährlicher „Revolutionär“ scheitern will, eine Eierschlaggranate, aber bloß eine Klappe, eine mit Blei ausgefüllte Hülse. Brevettlos leidet er auch an starken Auswüchsen, die bei allen Hochtaplern, also auch bei den politischen, eine Rolle spielen.

Aber da Gänther, als der „Berräter“ in der Voruntersuchung von den Hauptangeklagten in ihrer Verteidigung allzusehr herabgesetzt, allzusehr als dummer, ungläubwürdiger Junge hingestellt werden soll, wird er in seiner Aussage auch recht deutlich. Zum ersten Mal sieht man in einem begrifflichen Zusammenhange, wie die Tat in Gang kam und organisiert wurde.

Die Organisation E erfährt von Gänther von dem Plan Stubenrauch. (Dies leugnet Gänther, der sich nicht vor der Organisation E Angst hat.) Die Organisation E, über die präherliche Unzuverlässigkeit Gänthers ganz gut unterrichtet, entsetzt Kern und Fischer, die sich mit den O E-Mitgliedern Tschow telefonisch in Verbindung setzen, den Gänther zu sich bringen lassen, alles überhören, aber erkennen lassen, daß sie bereits einen sachmännlich ausgearbeiteten Plan in der Tasche haben. Später kommt Willeson dazu, und von da an hat das Unternehmen auch das nötige Geld.

Diese Vernehmung des Herganges und der Zusammenhänge ist das Hauptergebnis des gestrigen Vormittags. Nebenbei wird in langem Wortstreit zwischen Fehrenbach und den Verteidigern der „nationalen Vereinigungen“ endlich einmündig festgestellt, daß Gänther, als er nach dem Mord in das Lokal des Deutsch-nationalen Jugendbundes kam, von dort versammelten Jugend als der Mörder mit großem Hallo begrüßt, anfangs sogar gefeiert worden sein soll und jedenfalls dort weiter gebudet wurde. Die vom Verteidiger — die Verteidiger sind zum Teil auch Schindler der „nationalen Vereinigungen“ — behauptete Entrüstung der nationalen Jugend bewahrheitete sich also, sehr traurigerweise, gar nicht.

Rechtsanwalt Gollnitz, Gänthers Verteidiger, glaubt zum Schluß darauf hinweisen zu müssen, daß die Verteidiger, die Gänther so stark angreifen, noch vor acht Tagen seine Vertretung innehatten.

Fehrenbachs Landesverrat.

Vor dem Volksgericht München begann am Dienstag der Prozeß gegen den früheren Privatsekretär Eisners, Fritz Fehrenbach, den Herausgeber einer Berliner Korrespondenz Dr. Gargas und den Chefredakteur Karl Lemke wegen Landesverrats. Die Verhandlung, die mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte, wird unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt.

Aus der Anklageschrift im Prozeß Gargas-Fehrenbach-Lemke wird bekannt, daß Fehrenbach schon zu Lebzeiten Eisners oder nach dessen Tode im Ministerium des Außenwesens in den Besitz geheimer Dokumente gelangte, u. a. eines Memorandums des Reichsministers Erzberger vom September 1914. Im April 1919 händigte Fehrenbach in München je eine Abschrift dieser geheimen Dokumente dem Vertreter des ihm als deutsch-feindlich bekannten „Journal de Geneve“ und dem Vertreter der Pariser Zeitung „Journal“, dem Journalisten Rene Payet, aus zu dem Zweck, daß letzterer diese Dokumente unter ausdrücklicher Berufung auf Fehrenbachs Vermittlung sofort in den genannten Zeitungen veröffentlichen, was Payet auch tat. Gargas, der Leiter der Berliner Agentur eines in London seit mehreren Jahren bestehenden Nachrichtenbureaus, sammelte Nachrichten darüber, ob in Deutschland, insbesondere in Bayern, dem Verfall der Vertrag zuwiderlaufende Bestrebungen im Gange wären. Diese Nachrichten übermittelte Gargas auch gegen Vergütung unmittelbar dem „Times“, ferner dem Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbureaus. Gargas stellte in ganz Deutschland Agenten an, zu denen auch die Angeklagten Fehrenbach und Lemke gehörten. Fehrenbach hat gewußt,

daß durch die Veröffentlichungen nicht nur dem Deutschen Reich, sondern auch Bayern Schaden erwachsen könne. Fehrenbach und Lemke setzten die Veröffentlichung fort, trotzdem sie davon Kenntnis erhalten hatten, daß Gargas ein Spion war. Beim Verhör erklärte Fehrenbach, er habe als Politiker gehandelt und werde seine Handlungsweise auch verantworten. Über seine Beziehungen zu Eisner äußerte er sich dahin, daß er keine selbständigen Handlungen vorgenommen habe, sondern lediglich der Privatsekretär Eisners gewesen sei. Im übrigen wiederholte Fehrenbach die in diesem Zusammenhang seinerzeit im Kriegsschuldprozeß gemachten Ausführungen über die Auflassung von der Kriegsschuld in der „Bayrischen Staatszeitung“.

Die Konferenz von Mudania.

Weidseitiges Entgegenkommen.

Die Meldungen über den Verlauf der Konferenz von Mudania sind widersprechend und müssen, wie an amtlicher Stelle gesagt wird, mit größter Vorsicht aufgenommen werden, da sie mindestens zum Teil als bloße Kombinationen zu betrachten sind. Es liegen nur zwei authentische Informationen vor, nämlich ein kurzes Kommuniqué des englischen Hauptquartiers in Konstantinopel und ein gestern abend spät eingetroffenes Telegramm des französischen Delegierten General Gargas, das wohl dem Inhalt, nicht aber dem Wortlaut nach bekannt ist.

Paris meldet aus Konstantinopel, daß eine Vereinbarung zwischen den alliierten Generalen und Ismail Pascha abgeschlossen worden sei. Eine Mitteilung des französischen Hauptquartiers bestätigt, daß die Besprechungen zum Entwurf eines Protokolls geführt haben. Dank der entgegenkommenden Haltung, heißt es, die beide Teile an den Tag legten, ist ohne Schwierigkeit ein Accord über die Weisheit der Artikel, die die Grundlagen der zu behandelnden Fragen bilden, zustande gekommen. Auch nach einer Note aus dem britischen Hauptquartier hat sich die Konferenz in zufriedenstellender Weise entwickelt. General Ismail Pascha habe erneut den nationalistischen Truppen den Befehl gegeben, jeglichen Konflikt mit den britischen Streitkräften zu vermeiden. Die Nationalisten haben die Prinzipien der Note der Alliierten angenommen. Man erwartet für heute die Ankunft der griechischen Vertreter in Mudania.

Der Faschisteneinfall in Südtirol

unterscheidet sich von den bisherigen Gewaltmaßnahmen dieser extremen Partei dadurch, daß es sich hier nicht mehr um den Kampf gegen die Sozialisten oder um mehr oder weniger gewaltsame Proteste gegen irgendwelche Regierungsmassnahmen handelt. Vielmehr handelt es sich hier um die Auswirkung des kürzlich von ihrem Führer Mussolini neu aufgestellten Programms, demzufolge die Faschisten schließlich die Rolle einer revolutionären Partei übernehmen, und ihre Ziele gewaltam durchsetzen. Diese Programmänderung ist demnach grundsätzlicher Natur, indem sie sich von der Bekämpfung einer Partei zur Bekämpfung der Regierung und damit gegenwärtig auch des Staates wendet. Tatsächlich stellen denn auch die Faschisten die wahren Herren Italiens dar, das sich damit im Zustande einer latenten Anarchie befindet. Die schwächlichen Versuche, mit denen die Regierung sich zu begnügen versucht, bleiben völlig eindrucklos auf die Faschisten. Es ist bezeichnend für die Schwäche der italienischen Regierung, daß sie auch jetzt wieder keinen anderen Ausweg fand, als die Jurisdiktion der bereits erfolgten Bestätigung des Bürgermeisters Dr. Perattiner von Bozen und den faschistischen Gewalttätigkeiten in dieser deutschen Stadt mit lässlicher Hilflosigkeit gegenübersteht. Unter diesen Umständen blieb natürlich auch dem Gemeinderat von Bozen nichts anderes übrig, als den Faschisten einfach nachzugeben und ihre Wünsche zu erfüllen, im übrigen aber zurückzutreten. Sofern Italien den Anspruch darauf erhebt, weiterhin als Rechtsstaat zu gelten, wird es wohl eher über dem Treiben dieser nationalistischen Wunden nachgerade mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht entgegenzutreten müssen.

Kleine politische Meldungen.

Abbruch der Verhandlungen über die Beamtenbelohnung. Die Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Neuordnung der Besoldung sind nachdem über die Neuregelung der Grundgehälter eine Einigung erzielt worden ist, daran gescheitert, daß die Regierung die bisher für alle Gruppen gleiche Frauensulage von nun an prozentual bemessen wird. Der Sinn dieser Forderung der Regierung war der, die Reiberei der Beamtenbelohnung einzuschränken. Diese Stellungnahme entspricht den Wünschen der Länder und des Reichstages, die von einer allzustarke Reiberei Befahren für die Qualität der höheren Beamten fürchten.

September 1922
g beschlossen,
lett:
berber, die
n Werbruda
ebung.
ober:
nig
6 Alie!
strolle.
tadt!
9 Uhr.
Aue.
ch en,
chneberg.
Bauer.
hemalig.
er) Aue
s 7 Uhr
Aue sein
fest,
ll ab.
ö Gänner
orkland.
ung!
preffe
en,
Aue,